

Fluchthilfe durch FU-Studenten

Jochen Stadt

Die Sperrung der Grenzen rund um West-Berlin schnitt am 13. August 1961 über 3 500 „Ost-Immatrikulierte“ von ihren Studienplätzen an der Freien Universität ab. Die überwiegende Mehrheit der Ost-Studenten entscheidet sich für den Verbleib in West-Berlin. Laut *Tagesspiegel* hatte sich bereits im Oktober fast die Hälfte der früheren „Grenzgängerstudenten“ wieder an Freier und Technischer Universität zurückgemeldet. Im Wintersemester 1961/62 betrug ihr Anteil 22 % von 13 000 Studierenden der Freien Universität.

Viele „Ost-Studenten“ konnten nur deshalb in West-Berlin weiter studieren, weil sie unter oft dramatischen Umständen die Flucht durch die DDR-Sperranlagen gewagt hatten. Zahlreiche Studierende der Freien Universität fanden sich sofort nach der Grenzschließung zu spontaner Hilfe für fluchtwillige Studierende aus Ost-Berlin und dem Umland bereit. Koordiniert wurden die FU-Fluchthelfer zunächst vom Ausschuß für Gesamtdeutsche Studentenfragen des Verbandes Deutscher Studentenschaften und von Mitgliedern des Studentenwerks. Als „Unternehmen Reisebüro“ organisierten Detlef Girmann (1929 – 2011), Bodo Köhler (1928 – 2005) und Dieter Thieme (1929 – 2010), aus dem Büro des Studentenwerks in der Boltzmannstraße die Fluchthilfe mit gefälschten Westdeutschen, Schweizer und Luxemburger Pässen. Girmann beschaffte aus dem Immatrikulationsbüro der Freien Universität die dazu nötigen Paßbilder von FU-Studierenden, die es in den ersten Tagen nach der Grenzschließung nicht mehr nach West-Berlin geschafft hatten.

Bis zum Januar 1962 verhalfen FU-Studenten mehr als achthundert Personen zur Flucht aus der DDR. Seit dem 22. August 1961 waren Fluchten wie Fluchthilfen ein lebensgefährliches Unterfangen. An diesem Tag beschloß das SED-Politbüro als Übergang von der 1. zur 2. Stufe der Grenzsicherung einen faktischen Schießbefehl. Erstes Opfer dieses Beschlusses wurde am 24. August 1961 der Ost-Berliner Schneidergeselle Günter Litfin. Der 24jährige wurde bei dem Versuch durch den Spandauer Schiffskanal in den Westen zu schwimmen von DDR-Grenzposten erschossen.

Das SED-Politbüro entschied am 22. August 1961 auch über die bislang in West-Berlin studierenden Grenzgänger: „Die Namen der bisher in Westberlin Studierenden und der in Westberlin gewesenen Oberschüler sind den staatlichen Organen und der Bezirksleitung zu übergeben.“ Studenten, die bisher an West-Berliner Universitäten studierten, sollten „Arbeitsplätze in VE-Betrieben außerhalb Berlins zugewiesen werden. Diejenigen, die provokatorisch auftreten, werden in einem Arbeitslager erzogen.“

Der erste wegen Fluchthilfe in der DDR festgenommene FU-Student war Eberhard Bolle. Der gebürtige Potsdamer studierte seit dem Wintersemester 1957/58 Anglistik und Geschichte an der Freien Universität. Beim Versuch, einem Ost-Berliner Kommilitonen einen West-Paß zu übergeben, wurde er am 20. August 1961 verhaftet und am 18. September 1961 „wegen Verleitung zur Republikflucht“ zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren verurteilt. Eberhard Bolle kehrte nach zwanzig Monaten aus dem Zuchthaus Rummelsburg im Mai 1963 an der FU zurück. Zu diesem Zeitpunkt saßen nach Angaben des FU-Rektorats über 80 Studierende wegen Fluchthilfe in DDR-Gefängnissen.

Einige von ihnen waren von Stasi-Informanten verraten worden, die sich in Fluchthelfergruppen eingeschlichen hatten. Aber auch Karl-Heinz Kurras, der 1967 den FU-Studenten Benno Ohnesorg erschöß, berichte als IM „Otto-Bohl“ nach Ost-Berlin, was

er dienstlich durch Nachfragen bei der FU-Verwaltung über Fluchthelfer in Erfahrung bringen konnte.

Die AStA-Vorsitzenden von FU und TU erhielten am 16. Januar 1961 Post von DDR-Innenminister Karl Maron. „In ernster Sorge um die Studenten der Westberliner Universitäten und Hochschulen wende ich mich mit diesem Schreiben an Sie.“ In der letzten Zeit seien Studenten der beiden West-Berliner Universitäten „unter dem Einfluss der vom Brandt-Senat inszenierten Hetzkampagnen und Provokationen von Menschenhändlerorganisationen missbraucht und dazu verführt“ worden, „Bürger der Deutschen Demokratischen Republik nach Westberlin zu verschleppen.“ Die Sicherheitsorgane der DDR seien nicht daran interessiert, junge Menschen, die sich in der akademischen Ausbildung befinden, zu inhaftieren. Es liege „im persönlichen Interesse der Studenten, sich intensiv ihrem Studium zu widmen und auf einen nützlichen Beruf vorzubereiten, anstatt einen Teil ihrer Studienzeiten im Gefängnis zu verbringen.“ Maron forderte, die AStA-Vorsitzenden mögen ernsthafte Maßnahmen ergreifen, „um die Studenten dem verderblichen Einfluß des Brandt-Senats zu entziehen“.

Die beiden AStA-Vorsitzende, Wolfgang Hempel und Peter Müller, antworteten mit einer kurzen Presseerklärung auf Marons Schreiben. Darin hieß es, der Berliner Senat habe in keinem Fall Studenten aufgefordert, „Kommilitonen aus Ostberlin und der Zone zur Flucht zu verhelfen“. Die als Verschleppung bezeichneten Vorfälle beruhten „auf der einseitigen Aufhebung der Freizügigkeit“. Wenn Maron den Interessen aller Berliner Studenten dienen wolle, „sollte er dafür sorgen, dass den Studenten in ganz Berlin die freie Wahl ihres Studienplatzes ermöglicht wird“. Es sollte allerdings noch mehr als 27 Jahre dauern, bis 1990 dieser Wunsch in Erfüllung ging und sich Studierende aus Ost-Berlin und dem Umland wieder an der Freien Universität immatrikuliert wurden. Darunter waren – wie schon vor dem Mauerbau – viele, denen ein Studium in der DDR verwehrt worden war.